

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einjährig Postbefreiung. Nur Postbezug, Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. November 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgefallene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 136

Neubestellungen

auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig. Bezugspreis 50 Pf. monatlich, 1 Mk. zweimonatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt!

Widersprüche und Inkonssequenzen

Wir haben vor einiger Zeit einmal gesagt, der „Zeitschrift“ über nach Weisensicht falsche oder schädliche Meinungsäußerungen immer zu antworten oder gar größere Gegenartikel darauf zu setzen, ließe doch wohl, dergleichen Auslassungen übertriebene Bedeutung beimessen. Die nun beginnenden Verhandlungen des Tarifausschusses in Leipzig lassen es aber angezeigt erscheinen, aus den letzten Wochen doch auf einige verbere Widersprüche und Inkonssequenzen aufmerksam zu machen, soweit sie in Prinzipalskreisen oder in der „Zeitschrift“ deutlicher in die Erscheinung getreten sind.

Die „Zeitschrift“ hatte bekanntlich am 8. November einen Leitartikel mit einem ausgesprochenen Januskopfe gebracht. Zu dem von der vorderen Gesichtseite aus gezeigten Verstandnisse der Prinzipalität für die wirtschaftlichen Nöte der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe paßt der zweite Artikel in der Nummer vom 18. November wirklich sehr schlecht. Hier drückt man eine in der „Mittelständigen Zeitung“ von H. Heinrichsbauer (Essen) vergriffene Abhandlung über „Stratagem der Lohnpolitik“ unter rechtlichen Sperrungen ab, die ein Kölner Prinzipal dem Prinzipalsorgan zum Nachdruck überlieferte. Der Einsender hat anknüpfend den Heinrichsbauerschen Gedankenfaden so kräftig weitergesponnen, daß die „Zeitschrift“ erklärt, seinen Folgerungen nicht beitreten zu können; sie drucke daher den Artikel von Heinrichsbauer kommentarlos ab. Dessen Ansicht ist ganz kurz gefaßt: Für die Gestaltung der Lohnpolitik waren in den letzten Jahren hauptsächlich rein sozialpolitische Gesichtspunkte maßgebend, jetzt werde nur rein überlich an die Steuerung angeknüpft, und „weit über das durch sie bedingte Maß“ die Auszubildenden ausgenützt. Das wirtschaftliche Motiv werde nun dem sozialpolitischen vorangestellt, und aus der sozialpolitischen Forderung sei die Konjunkturforderung geworden. Für die Arbeiterschaft sei „weniger das Streben nach einem Ausgleich für gesteigerte Steuerung“ als der Wunsch nach einem Anteil an der guten Konjunktur bestimmend, die aber nur eine Scheinkonjunktur sei. „Weltmarktpreise bedingen Weltmarktlöhne“, sei das Schlagwort geworden; die innere Kaufkraft der Marktlöhne sei aber viel höher, mindestens 50 Proz. Die stärkere Betonung des wirtschaftlichen Moments liege auch der erste Anfang der Durchlöcherung des bisherigen starren Tarifprinzips geworden. Die neue Methode der Lohnforderungen, „die nicht in gesteigerten Steuerungsverhältnissen ihre Begründung haben“, werde aber das Verlangen nach „einer intensiveren oder längeren Arbeit“ auslösen. Abgesehen sei nicht zu übersehen, „daß auf die Gestaltung der Lohnpolitik Fragen der gewerkschaftlichen und der Parteipolitik einen außerordentlich starken Einfluß ausüben“. Es könne sehr oft die Beobachtung gemacht werden, „daß der Partei- und Gewerkschaftsegoismus häufig zu einem Vorgehen oder zu einer Taktik veranlaßt, die in den tatsächlichen Verhältnissen keine Begründung findet“. Jegliche Lohnpolitik müsse aber „unheilvoll“ wirken, „wenn sie den Boden des rein Sachlichen verläßt“. Wir kennen Herrn Heinrichsbauer in Essen nicht, glauben aber seine Gedankengänge in die Meinungsdeflationen der Schwerindustrie und des Großkapitals zurückführen zu sehen, wo ausgesprochenste Konjunkturpolitik und phantastische Raffgier sich paaren, sozialpolitische Gesichtspunkte alter Erdbel sind und das Tarifprinzip weder im starren, halbstarren oder sonst welchem System wirkliche Vertreter hat. Wenn man Heinrichsbauer ganz unbengtig so zur Unternehmerschaft im Buchdruckgewerbe sprechen läßt, und das im Augenblicke beginnender wichtiger Lohnverhandlungen und zu einem Zeitpunkt, wo alle Abel und wahrlich nicht zu

leht der herrliche Segen der freien Wirtschaft zu einer Katastrophe des Glends zusammenwirken, was bereits zu Steuerungsreellen geführt hat, dann ist das zu der schönen Epistel vom 8. November im ganzen ein schreierender Widerspruch. Mit vollem Bewußtsein müssen auch wir Buchdrucker der wirtschaftlichen Lage entsprechende Löhne verlangen. Ihre Höhe wird im speziellen diktiert von der Konjunktur des Glends und des Hungers auf der einen und von der Wohlkonjunktur auf der anderen Seite!

Am 15. November hatte die „Zeitschrift“ über „Lohn- und Wirtschaftstragen im Auslande“ geschrieben. Große Arbeitslosigkeit, Lohnreduktionen gehen dort mit ähnlichen Preisberabsetzungen Hand in Hand; in England z. B. 55 Proz. seit Januar 1921. Das Buchdruckgewerbe im Auslande steht eben auch mitten in der Strömung der Verhältnisse. Bei uns in Deutschland liegen die Dinge aber ganz anders. Wir sind der Entente im schlimmsten Maße tributpflichtig, werden von aller Welt und nicht am wenigsten von den eignen Geldleuten ausgebeutet, so daß ein ungeheurer Preiswucher zur jämmerlichen Verelendung führt, haben aber durch viele Auslandsaufträge eine stolze Schwindelkonjunktur. Die „Zeitschrift“ gelangt da abschließend nun zu unzutreffenden Vergleichen. Entweder ist die heimische Druckproduktion wirklich so gering, oder es wäre das Auslandsgeschäft sehr groß. Die am 18. November in der „Zeitschrift“ aus Kristiania und Göteborg veröffentlichten Klagen über starke Konkurrenz aus Deutschland infolge zu niedriger Preise sind deren freiwillige Ergreifung, daß aus Finnland, Dänemark und aus der Schweiz ebenfalls Zeitschriften eingegangen seien, herühren einen Punkt, der auf dem Wiener internationalen Buchdruckerkongress im September auch schon ausgiebig erörtert wurde. Der Deutsche Buchdruckerverein hatte, in der vorhergehenden Nummer der „Zeitschrift“ von einer mit den Luthenhandelsstellen getroffenen Vereinbarung Kenntnis gegeben, daß ein Valutazuschlag von 100 Proz. auf Druckflächen und Papierwaren nach dem Ausland erhoben werden soll, wovon nach der jetzigen Neuregelung eine Auszubildende von meistens 6 Proz. (bei Wächern und Anstichkarten nur 4 Proz.) entrichtet werden muß. Im Anschluß an die ausländischen Klageblätter erlucht der DVB. nochmals, unbedingt auf die Preise zu halten, die der fremden Valuta entsprechen (eine solche Vereinigung der Auszubildenden ist auch in Anregung gebracht worden) und meint dann, das Ausland werde sich ja wohl noch durch Einbuhrzölle schützen, so daß ja oder so das Auslandsgeschäft verloren gehen wird. Es ist schon möglich, daß die Dinge diesen Gang nehmen werden; die ausländischen Auftraggeber können sich ja noch auf ihren „Patriotismus“ besinnen. Dann aber wird die Hochkonjunktur im deutschen Buchdruckgewerbe schnell verebben. Die „Zeitschrift“ sieht das aus einer neuen Erhöhung der Druckpreise ebenfalls schon kommen. Warum will man dann aber sogar zu einem tariflich gar nicht zulässigen Zeitpunkt die Lebrlingskatala verschlechtern, will mehr Lebrlinge einstellen, wenn größere Arbeitslosigkeit in Sicht kommt?

Kommt nun das Prinzipalsorgan am 15. November zu dem Schluß: „Wenn aber die Löhne unüberlegt über das durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gebotene Maß immerfort gesteigert werden, so wird der Rückschlag nicht ausbleiben“ (womit Austragszurückhaltung und Arbeitslosigkeit gemeint sind), so zeigt sich damit der Januskopf der Rücksicht. Heinrichsbauer kann darin zu seinem Standpunkt eine Brücke geschlagen sehen. Wir aber müssen uns sehr wundern, wie man damit zu dem Januskopfe der Vorderseite (siehe „Zeitschrift“ vom 8. November) stehen will. Finden auch Redensarten wie „unüberlegt“, „über das durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gebotene Maß“, „immerfort gesteigert“, „unüberlegtes und sinnloses Sinaufstreben der Löhne“ usw. einfach verständnislos gegenüber dem aller Welt sichtbaren gegenwärtigen Katastrophenzustande. Sollte dem Prinzipalsorgan der „Korr.“ zu einseitig orientiert erscheinen, so kann es sich ja auch aus anderen graphischen Blättern noch Belehrung holen; es ist dort jetzt manches zu lesen gewesen, was für die Lohn-

politik der Prinzipalität gar nicht empfehlenswert klang. Weiter ist auch das Faktorenorgan in den Mitgliedschaftsberichten alles andere als eine Widerspiegelung der Heinrichsbauerschen Lohnpolitik; „die bekannte Kürzlichkeit der Prinzipale“ sowie „ungerechtes und unwürdiges Verhalten bei der Feststellung der Faktorengelälter“ sind da jetzt öfter anzutreffende Beurteilungen. Für uns Gehilfen haben die Indizes (siehe die vom Oktober in der „Rundschau“ dieser Nummer) natürlich eine andre Bedeutung als dessen verunglückte Ablebnungsversuche des Steuerungsgrades. Dann aber weisen wir die Prinzipale mit allem Nachdruck auf die Neuregelung der Beamtengelälter hin, die bekanntlich rückwirkend vom 1. Oktober vollzogen ist. Die unteren und mittleren Beamten sind aber noch sehr unzufrieden damit, obwohl sie in den etwa für die Buchdrucker in Betracht kommenden Gruppen 5: von 13500 bis 17000 Mk., Grundgehalt mit Ortszuschlägen von 1800 bis 6400 Mk., 6: von 14500 bis 19500 Mk. (+ 1800 bis 6400 Mk.), 7: 16000 bis 22500 Mk. (+ 2100 bis 6400 Mk.), 8: 18000 bis 26000 Mk. (+ 2400 bis 7200 Mk.) erhalten, dazu auch noch Kinderbeihilfen monatlich von 150 bis 250 Mk. Was haben sehr viele Buchdrucker aber an individueller Arbeit zu leisten gegenüber der vielfach nur mechanischen solcher Beamter? Haben der Staat und die Kommunen die 25–30 Proz. Erhöhung ihren Beamten jetzt nur aus Sport oder aus gebieterlichem Maß gewährt?

Die „Zeitschrift“ hat am 4. November über „Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit“ einen Artikel aus dem schweizerischen Prinzipalsorgan abgedruckt. Viele von ihr „beachtenswerte Ausführungen“ genannten Darlegungen waren an der Hand von Material hauptsächlich aus dem Auslande so gehalten, daß länger und mehr gearbeitet werden müßte. Wie bei dem Artikel von Heinrichsbauer, so ist hier ebenso zu fragen, warum denn den Lesern der „Zeitschrift“ solche „interessante Sachen“ vorgelegt werden? Die „Deutsche Arbeitsbegeisterung“ ist in solchen Fragen für folgerichtig denkende Leute widerspruchsfrei!

Widersprüche und Inkonssequenzen hat jetzt auch eine Anzahl von Prinzipalen erkennen lassen, sofern sie das von der „Zeitschrift“ am 8. November ausgestellte Zeugnis sozialer Einsicht auf sich beziehen. Es betrifft den Abzug von 4,17 Mk. für den Tag des 31. Oktober bei der Früherdatierung der zweiten Rate des Lohnabkommens vom 24. September. Nach uns gewordenen Zuschriften sind es mehr Druckereien, die formalistische Buchstabenreiterei bis zum Erze treiben und einmal zu fünf Tagen, in der andern Woche aber zu sechs Tagen die zweite Rate gewählten. Ja, es wird uns aus Kollbus sogar ein Fall mitgeteilt, wo eine Druckeret nur 12,50 Mk. auszahlt für die erste Woche, weil dort die Lohnwoche bis zum Donnerstag läuft. Im allgemeinen scheint aber die Sandhabung so gewesen zu sein, wie es nach dem Grundfasse des Wochenlohns in der „Rundschau“ von Nr. 130 und im „Briefkasten“ von Nr. 133, und nicht zuletzt nach den schönen Worten der „Zeitschrift“ vom 8. November über die sozialpolitische Einsicht der Prinzipale als Erwartung ausgesprochen wurde. Die Leipziger Prinzipalität ist diesmal ja allgemein mit gutem Beispiele vorangegangen. Nachdem in Berlin und in Rheinland-Westfalen die zweite Rate noch um eine ganze Woche früher zur Auszahlung gelangte, wird sich für eine Interpretierung wie im Falle Kollbus, also Kürzung gar um drei Tage, wohl nirgends Verständnis finden.

Was an Widersprüchen und Inkonssequenzen solchermaßen in die Erscheinung getreten ist — die Kleinlichkeit mit dem 31. Oktober ist besonders peinlich —, werden ja vom 24. November an die Leipziger Verhandlungstage wieder auswischen, denn nunmehr handelt sich um die Wahrnehmung des Satzes in der „Zeitschrift“ vom 8. November: „Die Gehilfenschaft wird anerkennen müssen, daß die Prinzipalität die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkte nicht verkennt.“

Aus dem Saargebiet

War das Saargebiet in früheren Jahren unter der Ägide der Stumm-Lille-Röschling-Vopelius-Filiger-Dagsbach politisch und gewerkschaftlich als rüchtländig berücksichtigt unter dem bekannten Namen „Saarabtei“, so scheint es unter der Herrschaft der vom Völkerverbund eingeleiteten Regierungskommission politisch und wirtschaftlich dazu ausser Acht zu sein, die Schlüsselrolle alles Verlässlichen erklommen zu lassen. Obwohl laut Friedensvertrag das Saargebiet ein Teil des Deutschen Reiches ist, der vom Völkerverbund als „freier Hand“ für Deutschland verwaltet werden soll, gibt die Regierungskommission täglich neue Beweise, daß trotz Friedensvertrag die „Ratification pacifique“ („friedliche Durchdringung“) zugunsten Frankreichs rüchtlig betrieben wird, die eine Volksabstimmung im Jahre 1934 illusorisch machen soll. An der Spitze der R.A. (die aus fünf Mitgliedern: einem Franzosen, einem Belgier, einem Dänen, einem amerikanischen Kanadier und einem Saarländer besteht) steht der (französische) Präsident Rauff, der sich in seinen Regierungshandlungen selten läßt von den „Erwartungen, die Frankreich in bezug auf das Saargebiet hegt“. Erinnerung dürfte auch noch die Auberung des französischen Weidewirtschaftsministers Doucheur sein, der bei seinem kürzlichen Besuche hier Rauff daran erinnerte, „daß sich dessen Bemühen zu sein, was Frankreich von ihm erwarte“, und „was er als Sohn Frankreichs diesem in bezug auf das Saargebiet schuldig sei“.

Mit Ausnahme des Kanadiers schwimmt das ganze Regierungskollegium im annektionistischen oder franzosenfreundlichen Fahrwasser; zahlreiche wirtschaftspolitische und sonstige Maßnahmen, Verordnungen usw. legen Zeugnis davon ab. Das Volk ist politisch zu vollster Ohnmacht und Rechtslosigkeit verurteilt. Das vorgeliebt geforderte „Saarparlament“ (zu Reichs- und Landtag dürfen wir nicht wählen) wird nicht insallert; die R.A. läßt sich in dieser Hinsicht wörtlich auf den Friedensvertrag, in dem es in bezug auf die politischen Rechte, die politische Verwaltung und den Erlaß neuer oder Abänderung bestehender Gesetze usw. heißt: „Die Regierungskommission kann hierzu die gewählten Vertreter des Volkes hören“. Die gewählten Vertreter des Volkes sind die Mitglieder der Kreisliste (im Pfälzer Saargebiete die der Bezirksliste) und die Mitglieder der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung. Das „Hören“ der Volksvertreter macht die R.A. so; Sie sendet ihre Gesetze, Verordnungen usw. in Abschriften an die Kreisliste usw. mit der Aufforderung, innerhalb einer gewissen Frist (oft nur eine solche von Tagen) der R.A. ein „Gutachten“ darüber abzugeben. Wistang haben die Kreisliste usw. gelegentlich ihrer Sitzungen unabhängig voneinander die Verordnungen durchberaten und mit Abänderungsvorschlägen oder der Note „Abgelehnt“ versehen zurückgeschickt. Die R.A. hat aber bis jetzt in allen Fällen das Gegenteil von „Volkswillen“, sie lehnt die Verordnungen usw. genau so in Kraft, wie sie es beilebte, und läßt die Vorschläge der Papierkörbe mit den „Gutachten“. Dem Friedensvertrage halte sie ja entprochen: die „gewählten Vertreter des Volkes“ hätte man „gehört“!

Als erster der Kreisliste hat der Kreisrat Ottweiler dieser Tage einstimmig beschlossen, sich mit Regierungsvorlagen nicht mehr zu befassen. Die Erörterung über das autochthonale Regiment der R.A. ist im Volke groß, zumal die in Umlauf gesetzten Verordnungen usw. und wirtschaftlichen Maßnahmen dem Volksempfinden oft geradezu ins Gesicht schlagen und neben der bestehenden politischen die wirtschaftliche, industrielle und kulturelle Bewegung und Entfaltung von der Deutschen Republik bedrohen. Seltene zur Erreichung dieses Zieles sind die vor kurzem gegen die „Gutachten“ der „Volksvertreter“ in Kraft gesetzten „abgeänderten“ deutschen Zollgesetze, die neue Saarländerverordnung, ferner die von der R.A. betriebene Frankenspolitik. Laut Friedensvertrag darf dem Umlauf des französischen Geldes im Saargebiete kein Hindernis bereitet werden, und da die hiesigen Kohlengruben durch den Friedensvertrag dem französischen Staat als Eigentum zugesprochen sind, hat der französische Staat auch das Recht, seine Produkte (Kohle, Stroh, Brilleisen, elektrischer Strom, Wasser) in Frankreich zu verkaufen und seine Arbeitskräfte in Frankreich zu entlocken.

Die Vergleiche erlebten im Sommer 1920 den Franken mit sanftem Druck ausgeblüht bei einem Schichtlohn von 23 Fr. Die Arbeiter der Hüttenindustrie forderten und erhielten die Frankenhöherung aus dem Westschpunkte heraus, daß die Hüttenwerke zu 70 Proz. in französische Hände übergegangen und ihre Produkte zu einem Teil in Frankreich verkauft. Die R.A. bezahlte ihre Beamten, Angestellten, Arbeiter, Lehrer ebenfalls in Franken, im Mai d. J. führte sie für die bei Eisenbahn und Post Beschäftigten die Frankenhöherung ein, trotzdem mehr als 72 Proz. der Eisenbahner in einer Abstimmung den Franken ablehnten und in Marktwährung aufgebessert sein wollten. Im Schöße der Regierung waren eben die Pläne für Eisenbahn und Post schon fertig, man erklärte, in Mark bei keine Lohnhöherung möglich, aber in Franken; man brauche nur den Franken zu fordern. Da einerseits die Arbeiter und Beamten in Not waren, aber ihre Markbzüge trotz Steuerung nicht aufgebessert wurden, andererseits gewisse freiberufliche Gruppen, den Wünschen der R.A. entgegenkommend, den Franken forderten, führte sie die Frankenhöherung bei Eisenbahn und Post ein. Zum 1. Mai führte sie aber auch bei Post und Eisenbahn den Franken für Porto, Fracht und Fahrt ein. Was letztere völlig unbedingte Maßnahme der mit Deutschland verwurzelten Industrie, dem Handel und der Volkswirtschaft für Schäden beigebracht, ergibt sich aus den Betriebs-einsparungen, Abschottungen, der Arbeitslosigkeit und

Verfeuerung aller Produkte zur Geringe; abgesehen von den inneren Hemmungen, Verfeuerung aller Lebensmittel, Gebrauchs- und Bedarfsartikeln. Wenig man denkt, daß der Franken in Folge des Tiefstandes der Mark bei einem Jahre von 5 Mk. auf gegenwärtig 20 Mk. (er stand schon auf 25 Mk.) gestiegen ist, so kann sich jeder ausrechnen, was für Sätze bei Zinsen, Bankporto, bei Telefon- und Telegrammgebühren und auf der Eisenbahn bei Fracht und Fahrt entstehen. Arbeiterfabrikanten erfordern heute pro Monat einen Aufwand von 10 bis 30 Fr. (a 20 Mk.), das sind 200—600 Mk. Was eine Ausgabe von 500 Mk. monatlich für einen Buchdrucker mit seinen 520 Mk. Wochenlohn bedeuten, mag sich jeder Kollege vorstellen. Es gibt sogar hier Maschinenfabriker, die 700—800 Mk. für die Vorzugsfabrikate in letzter Zeit opfern mußten, da die Wohnungsnote eben viele Arbeiter zwangt, bei Arbeitswechsel den Wohnort beizubehalten.

Daß sich die Waren- und Lebensmittelpreise infolge der Ausbreitung des Franken und der Welfaltung der Valuta rapid und katastrophal in die Höhe entwickelten, verläßt sich. Da Kohlen z. B., die im Friedens zum Zentnerpreise von 50 bis 55 Pf. zu haben waren, kosten heute mehr als 120 Mk. der Zentner in Frankenhöherung. Die Kommunen, deren Gas- und Wasserwerke, Straßenbahnen und Elektrizitätswerke von Kohle abhängig sind, sind gezwungen, enorm hohe Preise zu verlangen. Viele Unternehmer, Gewerbebetriebe und Handwerkszweige haben durch die Verwertung der Kohle, von Strom, Fracht, Porto usw. für ihre Produkte in Deutschland die Absatzmärkte verloren, im Westen aber keine neuen gefunden. Die Arbeiter dieser Zweige sind infolge der Konkurrenzunfähigkeit überdram, sie können weder ihre Löhne in Mark der Steuerung entsprechend hochstellen, noch überhaupt Frankenhöherung erreichen, da der Arbeitgeber keine Franken einnimmt. Im September d. J. machte die R.A. einen neuen Vorstoß, dem Franken ein noch größeres Umlaufgebiet zu sichern, indem sie glattweg „verordnete“, die Kommunen haben ab 1. Oktober ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter in Franken nach den Sätzen für die saarstaatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter zu bezahlen und ferner dafür zu sorgen, daß die Kommunen ab 1. April 1922 ihre Einnahmen (Steuern usw.) in Franken erheben können. Eine Reihe von Gemeinden ist auf die „Verordnung“ herein gefallen und hat die Frankenhöherung für ihre Beamten usw. eingeführt, zumal die R.A. die ganze Sache dadurch schmacht machte, daß sie den Gemeinden die nötigen Franken zum Kurse von 5 Mk. bis 1. April 1922 zur Verfügung stellen und die dadurch erforderliche Mehrausgabe den Gemeinden als Zuschuß aus der Landeskasse (wer fällt sie?) bestrafte will. Diese Drie müssen bereits jetzt den zweiten Schritt tun, d. h. ihre Einnahmen auf Franken erleichtern. So hat z. B. der Bergmannsweiler Budweiler beschloßen, für Wasser 30 Cts., für Gas 45 Cts. pro Kubikmeter zu erheben. Man denke, Marklohnempfänger, Kriegsbeschädigte und sonstige Rentempfänger sollen 9 Mk. für einen Kubikmeter Gas bezahlen! Andre Drie, Saarbrücken z. B., sind nicht auf die „Verordnung“ (die ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht ist) und das „Angebot“ der R.A. eingegangen, da sie voraussehen, daß dieses zu noch weiterer Verelendung der Massen führen muß; abgesehen davon, daß die auf Mark angewiesenen Arbeiter und die vom deutschen Absatzmarkt abhängigen Betriebe zugrunde gehen und auswandern müßten, die Kommunen jedoch die Steuern nicht auszubringen vermögen und langsam aber sicher durch Frankenhöherung bei französischen Banken und Kapitalisten total verfallen und ihre Wälder und Ländereien für Franken verpfänden müßten. Saarbrücken z. B. müßte bei Einführung der Frankenhöherung ein jährliches Mehr von 60 Mill. Mk. aufbringen. Die Beamtenlöhne in Franken schwaben zwischen 400 (untere Beamte) und 1000 (mittlere) Franken monatlich; bei einem Kurse von gegenwärtig 20 Mk. für erster 96000, für letztere 200000 Mk. jährlich. Kleinarbeiter auf der Bahn erhalten 12 Fr., Handwerker 14—15 Fr., Lokomotivbeur 100 Fr. die Woche, Stenotypistinnen und Telephonistinnen 600—700 Fr. Wie hoch da Regierungs- und andre Räte kommen, möge sich jeder selbst ausrechnen; die fünf Epilhen der R.A. erhalten je 100000 Fr. Alles letzten Endes auf Kosten der Steuerzahler, unter denen die Arbeiter am meisten zu bluten haben, da die Beamten noch das Steuerprivileg haben; denjenigen Steuerzahlern aber, die über 25000 Mark Jahreslohn haben, ist das bekannte Kinderprivileg genommen. Ein Arbeiter, der 26000 Mk. Einkommen hat, darf also für seine fünf, sechs oder sieben Kinder keine Steuerabzüge machen.

Die Folgen der ganzen, zu unerträglichem Steuerung führenden Frankenspolitik der R.A. sind sorgfältige Lohnkämpfe der Markempfänger, während andererseits die Arbeiter, die Franken empfangen, sich Lohnabbau gefallen lassen müßten, bedingt aus dem Hochstande des Franken und der Konkurrenzunfähigkeit der Produkte auf dem deutschen Absatzmarkt infolge zu hoher Welfungskosten. Die Vorgarbeter, deren Schichtlohn von 23 auf 19 Fr. gekürzt wurde, sollen jetzt ab 1. Dezember abermals um 3 Fr. dikatorisch gekürzt werden. In der Hüttenindustrie sind ebenfalls seit dem Sommer verschiedene Lohnabzüge erfolgt. Die markempfangenden Berufs- und anwandernde in Lohnkämpfe verwickelt. Im Baugewerbe wurde am 15. November für Maurer, Zementkeller, Zimmerer, Steinbrecher, Maler, Dachdecker über 20 Jahre ein Stundenlohn von 14,50 Mk. vereinbart, für Steinhauer von 15,10 Mk., für Malterer von 15,30 Mk., Wapler 14,80 Mk., Schreiner, Stellmacher, Glaser, Fräher, Bauanschläger 15,30 und 14,50 Mk., für Hilfs- und Gerbarbeiter über 20 Jahre ein solcher von 13,35 Mk. Im Baugewerbe ist angesichts der enormen Steuerung aber

berets eine neue Forderung dem Arbeitsgeberverbande vorgelegt. Im Baugewerbe erhalten gelernte Kräfte 670 Mk. Die kommunalen Beamten, Angestellten und Arbeiter in einer Anzahl von Saargebietsgemeinden haben sich den Franken erkräftigt. Auch diejenigen der Stadt Saarbrücken einschließlich der Straßenbahn und der Kraftwerke forderten, gestützt auf die Regierungsverordnung, den Franken und verlangten die gleichen Sätze, wie sie die Regierung ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern zahlte. Die 60 Stadtverordneten lehnten bis auf sechs ganz Linke die Frankenhöherung ab und bewilligten die neuen, im Deutschen Reichsbesoldungsgesetz vorgegebenen Sätze und auf diese einen 50prozentigen Zuschlag, ferner Verdopplung der Kinderzulagen und 2400 Mk. jährliche Frauenzulage. Ein Stadtkleiner hat darauf 45000 Mk. erhalten. Am 7. November legten darauf die Beamten, Angestellten und Arbeiter die Arbeit nieder; sie lebten das Angebot der Stadt ab und forderten wegen der Valutainflation Frankengehälter. Die Stadtverordneten ließen sich im Interesse der steuerzahlenden Welfgemeinbeit weder vom Willen der Streikenden noch vom Frankenhöherung der R.A. beeinflussen. Die R.A., Präsident Rauff und der Verwaltungsausschuß des Saargebiets befehlen sofortige Ausführung der Regierungsverordnung und Auszahlung der Frankensätze, die Stadtverordneten beharrten neuerlich auf ihrem Beschlusse vom 25. Oktober, ererbten aber den Saargeschlag auf die neuen deutschen Gehaltsätze von 50 auf 75 Proz. angesichts der weitersteigenden Steuerung. Nach einseitig halbseitigem Streik entschloßen sich die Angestellten und Arbeiter dann doch für das Mariagebot der Stadt, da ihnen das „Wiktat“ der R.A. niemals Franken in die Taschen gebracht hätte. Der gelehrte Handwerker bei der Stadt konnte auf diese Weise seinen Stundenlohn von 8 bis 9 Mk. auf 19 bis 21 Mk. steigern. Dazu Frauen- und Kinderzulagen und kein Feiertagslohn, wie z. B. im Bergbau, wo monatlich fünf Feiertagslöhne gemacht werden.

Die neuen Lohnsätze mögen einigermaßen der herrschenden Steuerung die Stange halten. Aber auf wie lange? Die Steuerung ist z. T. eine künstliche durch Valutainflationen, Wucherer und Schieber, die sofort ihre Warenpreise den erzielten Löhnen angleichen und vorausjagen. Kartoffeln kosten hier pro Zentner 140 Mk., Zucker bei 18 Mk. das Pfund, das zweifelhafte Gemischtbrot 15 Mk., der 100-g-Weiz 2 Mk., Margarine 40 bis 45 Mk., Eier das Stück 5—5,50 Mk., Maffee 60—70 Mk. das Pfund, Butter 80 Mk. das Pfund, Milch (in der Stadt Saarbrücken) 18 Mk. das Liter, Rindfleisch 24 bis 26 Mk., Schweinefleisch 36—40 Mk., Schmalz 60 Mk. Die Preise für Schuhe und alle Kleidungsstücke sind durch den Anstieg der Rohpreise und durch sonstige Ausländer dreh, vier- und fünfmal in die Höhe gegangen. Das Besolohnen von einem Paar Kinderchuhe (13 Jahre) kostet 80 Mk., für Erwachsene mehr als 100 Mk., Schuhe, die vor kurzem noch 150—200 Mk. kosteten, müssen heute mit 600 bis 700 Mk. bezahlt werden.

Daß sich die Ortsausschlüsse des DDDZ, allerwärts mit diesen Zuständen befallen und die Lohnverhöhung für die einzelnen Gewerkschaften befristeten, verläßt sich an Rande. Neben den Bäckern haben die Buchdrucker mit die niedrigsten Löhne. Die Lohnverhöhung für die Buchdrucker im Saargebiet ist eine schwierige; einmal deswegen, weil die Zeitungen infolge des hohen Abonnements (18 Mk. pro Monat) an Abonnenten verlieren, zum anderen wandern die behördlichen und merkantilen Druckereien aus den hiesigen in Druckereien des benachbarten und unbesetzten Deutschlands, da sie dort infolge niedrigerer Welfungskosten billiger hergestellt werden können. Zum dritten ist die Lohnverhöhung für das Saargebiet bis jetzt eine unzulängliche und schwierige gewesen, weil die beschließenden Instanzen sich zum Teil aus Kreisen rekrutieren, die fern von den Saargebietsverhältnissen stehen und nicht den genitenden Einblid haben. Das Bestreben der Saargebietsbehörden geht deshalb dahin, ihre Lohnverhältnisse unter Obhut des Tarifamts, geknüpft auf eigene tarifliche Instanzen, mit den Saargebietsprinzipalen allein zu regeln.

Nochmals: Der Frontwechsel der unterfränkischen Prinzipale

Der Vorsitzende der unterfränkischen Prinzipale, Herr Thomas Memmlinger, nimmt in Nr. 133 des „Korr.“ das Wort zu einer Entgegnung auf meinen Artikel in Nr. 129. Aber die wahren Bestrebungen der Provinzbuchdrucker wurde ja gleich Herrn M. von der Redaktion eine an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassende Antwort erteilt.

Wenn ich aber wirklich über das „Was wir wollen“ der Opposition der Prinzipale nicht unterrichtet gewesen wäre, die Bekanntmachung der Prinzipale hätte mich sofort darüber belehrt. Lautete doch darin ein Satz:

Außerdem wird das Gewerbe durch die immer weiter steigenden Gehälter und Löhne für die Angestellten und Arbeiter und durch die Ausgaben für den Redaktions- und Geschäftsbetrieb weit über das Erträgliche befristet.

Aber diesen zweifellos wichtigen und durch Spaltenrenten auch noch hervorgerufenen Satz schweig ich Herr M. in keiner Entgegnung vollständig aus. Das vor Jahr und Tag einmal Herr M. von Wehlfenseite erucht kein will, die Löhne nicht zu vermindern, ist der Wirburburger Vorstandschef unbekannt. An der Nichtveröffentlichung hatte die Vorstandschef keinerlei Interesse, zumal sie beim vorjährigen Streik durch Platananschlag die Buchdruckerlöhne der Öffentlichkeit selbst bekanntgab. Auf jeden Fall

ist eine wahrheitsgemäße Angabe der Phrale von dem Unerschütterlichen vorzugehen.

Eine „glatte Unwahrheit“ soll meine Behauptung von der 15fachen Erhöhung der Bezugs- und Anlagenspreise sein. Dazu ist zu bemerken: Nur eine Zeitung hat 1913 und 1914 60 Pf. gekostet; die andere 50 Pf. pro Monat. Hinzu kommt die bedeutende Reduzierung des Preises (Verminderung des Anlaufes, Wegfall der Beilagen), so daß die 15fache Erhöhung gar nicht ausreicht. Der Anlagenspreis soll dagegen nur eine achtfache Steigerung erfahren haben. Darüber und über die Vermehrung der Anlagenspalten und Einführung kleiner Schriftsätze schweigt man am besten.

Was ich mit dem Sage: „Wir werden Ihre Sonderbündel durchkreuzen“, selbstverständlich nur die notwendigen Bestrebungen auf Niederhaltung der Lebenslage der Gehilfen gemeint habe, will ich ausdrücklich noch konstatieren. Würzburg.

Seltens der Vorstandschalt ist kurz hierzu zu bemerken, daß wir gewonnen sind, schon in allerhöchster Zeit das sonderbündlerische Verhalten einiger Kreuzer des Herrn Memminger, die sich in der Sabotierung tariflicher Abmachungen überließen wollen, zu durchkreuzen. Würzburg. M. Schumacher.

Nochmals: Achtung, Stereotypen!

Im Bezug auf meinen Artikel in Nr. 125 des „Korr.“, der hauptsächlich als Warnung an meine Kollegen gerichtet war, behauptet Herr Hermann Kempe (Münberg) in seiner Erwiderung in Nr. 130 (wobei er, nebenbei bemerkt, meinen Namen falsch wiedergibt), daß ich von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Weiter behauptet Herr Kempe, daß die ihm „geschäftsfeindlich“ genannte Konkurrenzfirma Fischer & Freche (Weisling) ohne sein Wissen in diesen Konkurrenzstreit hineingezogen worden ist, was ihn aber nicht abhält, die schon in dem Rundschreiben enthaltene Reklame für das Kempe-Werk, die ich doch im wesentlichen gegen seine betreffende Konkurrenz richtet, nochmals extra zu betonen. Und trotzdem will Herr Kempe von diesem Rundschreiben keine Abnung gehabt haben? Doch jedenfalls nur, soweit es sich um die Konkurrenzfirma handelt.

Ich will mich mit Herrn Kempe in keine lange Polemik einlassen, dazu scheint mir der Raum im „Korr.“ (dieser wird allerdings noch von sehr vielen beansprucht, Red.) auch meine Zeit zu knapp zu sein. Auch eine weitere Kritik an der Geschäftspraxis des Kempe-Werkes zu üben, will ich mir verlagern, da ja das Rundschreiben diese Arbeit ganz von selbst besorgt. Aber in einem Punkte bin ich ganz derselben Auffassung wie Herr Kempe, nämlich, daß es ihm sehr, sehr peinlich sein mag, keine „betriebsliche“ Geschäftspraxis in so offener Weise gegen seine Kollegen zu betreiben. Das ist ein sehr schmerzhaftes Gefühl. Ganz anders stellt er gegen die Stereotypen auf. Denn in der Ansicht über die „Wirkung des Stereotypens“ steht er sofort wieder auf Seiten der Berliner Malern und Plattenkorrespondenz — und auch hier geben unsre Meinungen weit auseinander.

Ich hatte mich in meinen Ausführungen hauptsächlich gegen die Ausbildung ungelerner Kräfte gerichtet und mich dabei auf die tariflichen Bestimmungen geelehrt, wonach die Herstellung der Malern und Platten zu den Arbeiten des Stereotypens gehört. Der Tarifausschuß ist nach eingehender Beratung dieser Materie zu den ebenfalls richtigen Auffassung gelangt, wie die Arbeit des Stereotypens zu bewerten und zu vertellen ist. In solchen Fällen aber, wo es sich nur um das Ausgeben einiger Malen handelt und ein Stereotypist nicht voll beschäftigt werden kann, hat der Tarif-Selbststereotypens vorzuziehen — aber Gehilfenarbeit bleibt das Obien trotzdem. Ihre Lehrpläne sind ebenfalls tariflich festgelegt, und in der Lehrpläneordnung ist für eine gewissenhafte und gründliche Ausbildung untrer Lehrlinge Sorge getragen.

Wir können daher im Interesse untrer Nachwuchses nicht tatenlos zusehen, wenn von anderer Seite noch ungelehrte Kräfte (wenn auch nur mit Teilarbeit) ausgebildet werden und uns dadurch ins Handwerk gepusht wird. Der Tarifbank scheint Herrn Kempe vollständig fremd zu sein, sonst müßte er wissen, daß durch die Aufnahme in die Tarifgemeinschaft seit 1907 auch im Stereotypenberufe geregelte Verhältnisse in Bezug auf Ausbildung von Lehrlingen geschaffen sind, und daß ein Einzelgänger ungelerner Kräfte nach der Methode Remin-Kempe nicht auf möglich ist, zum mindestens nicht bei tarifstreuen Prinzipien.

Auf keinen Fall ist es aber der richtige Weg, die Interessen von dem Wert und Vorteil der Stereotypie durch Beschäftigung von ungelernen Kräften überzugehen zu wollen und dann erst einen lachverächtlichen Stereotypen einzustellen. Die Wirkung dieses Verluhs wird meistens ins Gegenteil umschlagen. Die teure Stereotypie-einrichtung wird dem Weltler bald keine Freude mehr machen, wenn er nicht noch rechtzeitig zu einem wirklichen Stereotypen greift.

Der ganze Zweck der Abnung scheint mir darin zu liegen, daß gleichzeitige Anprellung billiger Arbeitskräfte keine Ware an den Mann zu bringen. Zu dieser Auffassung bin ich durch das Rundschreiben gelangt; ich zweifle keinen Augenblick, daß ich mit meiner Auffassung nicht allein stehe. Durch die Art und Weise aber, wie Herr Kempe in seinem Artikel die Arbeit des Stereotypens einschätzt und sich bemüht, durch Wort und Schrift Stereotypen heranzubilden, dürfte sich der Kreis der ihm bisher noch sympathisch gestimmt gewesenen Stereotypen

enger ziehen. Jeder Stereotypenkollege wird aus dem Artikel des Herrn Kempe unabweislich herauslesen, daß das Bestreben der Berliner Malern und Plattenkorrespondenz in Herrn Kempe eine würdige Stütze gefunden hat. Darum nochmals: Stereotypen, seid wachsam und waret eure tariflichen Rechte! Berlin. Adolf Stebler.

Correspondenzen

Berlin. (Generalversammlung am 17. November.) Tagesordnung: „Die bevorstehende Tarifausdehnung.“ Kollege Maxlin sprach zunächst die von der Prinzipalrat gestellten Anträge und präzisier hierauf seine Stellung zu den Gehilfenanträgen. Unter anderem bezog er sich auf die Notwendigkeit der Kündigung des bis zum 31. Dezember 1921 geltenden Lohnabkommens, die Erhöhung der Entschädigung für Sonntagsarbeit, die grundsätzliche Regelung der Sonderzulage für die belebten Betriebe und die bessere Berücksichtigung der Kollegebeide der Lehrlinge sowie die ungenügend gefasste Regelung des Punktes 13 der Gehilfenanträge betreffend Leipzig. Bei Beleuchtung der allgemeinen Wirtschaftslage tauchte er das Vorgehen der Parteien, da deren Sonderaktionen sich nur zum Nachteil der Allgemeinheit auswirken. In seinen weiteren Ausführungen kam Redner auf die geradezu katastrophal wirkende Teuerung zu sprechen, die täglich, ja fast stündlich sich in erschreckender Weise bemerkbar macht. Die Margarine — Butter kommt gar nicht mehr in Frage — ist seit wenigen Tagen auf das Doppelte gestiegen, sie kostet heute 42 Mk., Schmalz steht in nie gekannter Höhe, Fleisch und Wurst darf sich der Arbeiter nur ab und zu leisten, Kartoffeln kosten 1,10 Mk. das Pfund. Ein Kollege teilte ihm mit, daß er für ein Paar Stilleisohlen mit 85 Mk. zahlen mußte. Wenn heute die Hausfrau mit ihrer Marktsacke Einkäufe mache, gebe das ganze Wirtschaftslage drauf. Wo bleiben dann Mele, Kleidung, Wäsche usw.? Angehts dieser fortgesetzten aufsteigenden Teuerungskurve ist es außerordentlich schwer, einen bestimmten Betrag als Teuerungsausgleich festzusetzen; bisher habe es sich immer gelohnt, daß, wenn das Erreichte zur Auszahlung kam, sich die Verhältnisse grundlegend verändert haben. Trotzdem habe der Vorstand sich dahin ausgesprochen, als neue Zulage den Betrag von 150 Mk. anzusetzen, der als Ausgleich für die jetzige Situation sehr wohl zu rechtferigen wäre, obwohl es sicher anzusehen sei, daß auch diese Summe bald wieder überholt sein werde. In dieser Weise haben sich auch die Betriebsobleute der Buchdruckerei Groß-Berlins mit der Sachlage befaßt und haben ihm als Kreisvorsitzender die folgende, einstimmig gefasste Entschuldigungsmitteilung: „Die am 15. November tagende Betriebsrätekonferenz stellt in Anbetracht der täglich steigenden Teuerung: die Forderung auf „fortgesetzte“ Zulage von 1500 Mk. Wirtschaftsbetriebe mit 1000 Arbeitern und 2500 Mark. für jedes Kind.“ Die Forderung der Wirtschaftsbetriebe ist als kurzfristiges Ultimatum zu stellen. Die Wirtschaftsbetriebe für das gesamte graphische Gewerbe.“ Er habe sofort Veranlassung genommen, sich mit der Prinzipalrat in Verbindung zu setzen und die Aussprache hierüber werde in der kürzesten Zeit stattfinden. Am Montag, dem 21. November, werde dann eine neue Verhandlung mit dem Resultat dieser Aussprache zu beschließen haben. Kollege Mühlberg bemängelte die fortgesetzte Verhandlungen in kurzen Zwischenräumen, die einer Säugung in Permanenz fast gleichkommen. Es müßten andre Wege gegangen werden, die Abneigungen variabel gestaltet werden; dann wählte jeder, was ihm zu stehe. Die beantragte Wirtschaftsbetriebe ist nur auf Kosten der Abneigungen zu erreichen. Redner begründete eine von ihm eingereichte Resolution. Kollege Fiedler begründete die von den Betriebsräten eingereichte Entschuldigungsmitteilung der Wirtschaftsbetriebe. Die letztere ist notwendig zur Anschaffung des Allernotwendigsten, denn vom Lohne selbst ist dies unmöglich. Es wird von den Prinzipalrat abhängen, inwieweit sie willens seien, der Not der Zeit Rechnung zu tragen, um zu verhindern, daß die Gehilfenchaft zu härteren Kampfmitteln greift. Bezüglich der Parteien wollte er nur betonen, man möge sich in den einzelnen Betrieben umsehen, um zu erfahren, wie man herüber denke. Kollege Albrecht eruchte die Kollegen, Stellung zu nehmen zu dem hier angeregten variablen Lohnsystem. Er sei keine Person sei zwar kein grundsätzlicher Gegner desselben, möchte aber hervorheben, daß dasselbe auch zwei Seiten habe. Die Frage lasse sich nicht über das Knie brechen; dieses Lohnsystem sei ein Problem, das der genauen Herausarbeitung bedarf. Hier spielen Momente von größter Bedeutung mit. Kollege Blich war gleichfalls der Meinung, daß die Durchführung des variablen Lohnsystems Schwierigkeiten habe. Er unterwarf die Resolution Mühlbergs, äußerte sich allerdings wenig hoffnungstrot über das Durchdrücken der Wirtschaftsbetriebe. Kollege Strohmüller äußerte sich ferner gegen die Kriegs-, Schieber- und Weltgewinnler, hatte Bedenken gegen die verlangte Wirtschaftsbetriebe und rebete der geltenden Lohnskala das Wort. Auch Kollege Peisch äußerte sich im Sinne der Einführung der geltenden Lohnskala und wünschte, daß der Verbandsvorstand sich mit den Schaefferischen Vorschlägen befassen möge. Redner kritisierte das Vorgehen der Parteien und befahte sich des näheren mit dem Punkt 11 der Gehilfenanträge und der Anzulänglichlichkeit der Ausübung des Amtes als Schöffe. Kollege Bierack identifiziert sich mit verschiedenen Ausführungen der Vorredner, sprach sich in schärfster Weise über die Brandstiftung des Volkes durch den Wucher aus und zeigte an einem Beispiele, wie in dem Zirkumstanz von

1000 Mark durch Ankauf von 1000 Mark des Wessels dem Arbeiter das Geld aus der Tasche gezogen werde. Bezüglich der Lohnhöhe bemerkte er, unter Arbeitkraft sei heute noch einmalig wert wie 1914; wir könnten daher auch den gleichen Wertbeitrag beanspruchen. Mit dem Sparparagrafen sei es ebenfalls nicht einverstanden; als Ausgleich für die mehr erhaltende Arbeitsarbeit der Wirtschaftsbetriebe verlangte er die Zurücknahme der Arbeitszeit. Redner brachte eine Resolution ein, die sich der des Kollegen Mühlberg wesentlich über. Kollege Lütze konnte sich mit der Wirtschaftsbetriebe in der verlangten Höhe nicht befassen, da sie für alle Betriebe einfach nicht durchführbar ist. Redner befahte sich in längeren Ausführungen mit dem Mühlbergs des Wollars und dem Übergang der Mark, worin in beiden Fällen das Spekulationsmoment präzisiert, und sprach sich ebenfalls für die alleinige Lohnskala aus. Kollege Reichert freute sich über die so vielen einstimmigen Auffassung der heutigen Funktionärerversammlung. Der Tarifausschuß sei ein zu großer und kostspieliger Apparat, der Unnützlich verfehlt durch die fortgesetzten Einberufungen. Der überall vorherrschende gute Geschäftsgang rechtfertige es, daß auch den Kollegen der ihnen zukommende Anteil am Gewinne gewährt wird. Im übrigen sei die automatische Lohnregelung der beste Ausweg. Kollege Engelmeier gab seiner Freude Ausdruck über die entliche Herstellung der Einheitsfront unter den Kollegen. Die von einem Sozialisten und einem Kommunisten in ihren Resolutionen niedergelegten Auffassungen verblühten den Erfolg der gestellten Ziele. Auf Anregung wurden die Resolutionen Mühlberg und Bierack miteinander verbunden. Nach einem kurzen Schlusswort Maxlins erfolgte die Abstimmung über die beantragte Wirtschaftsbetriebe. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Resolution Mühlberg-Bierack fand gleichfalls einstimmige Annahme. Diese lautet: „Die am Donnerstag, dem 17. November, in der „Neuen Welt“ versammelten Delegierten und Vertrauensleute des Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer beauftragen ihre Gehilfenvertreter, bei der am 24. November in Leipzig tagenden Tarifausdehnung sich von folgenden Grundrissen leiten zu lassen: Durch den katastrophalen Marktschwund, der in absehbarer Zeit zur Neubege der wirtschaftlichen Lage der graphischen Arbeiter keine Hoffnung auf Besserung untrer Verhältnisse geben kann, lebten die heute versammelten Funktionäre es grundsätzliche ab, eine bestimmte Summe zur Erhöhung des Lohnes zu fordern. Die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung nimmt von Tag zu Tag größere Dimensionen an. Die Zustände der Unternehmender bei Lohnverhandlungen decken bei weitem nicht die Mehrausgaben, die den Arbeitern durch die enorme, sprunghafte Preissteigerung für alle Lebensbedürfnisse erwachsen. Letzen kann die Arbeiterchaft nur ein geschlossenes, einheitliches Vorgehen. In voller Erkenntnis dessen, und nur, um die Kollegen vor völliger Verelendung zu schützen, erwarten die Berliner Buchdrucker bei der diesmaligen Tarifausdehnung ein größeres, rechtständiges für untre bedrängte Lebenslage. Diese Maßnahme ist nur dann zu üben, daß der Lohn der Buchdrucker endlich einmal annähernd auf denselben Stand gebracht wird wie vor dem Kriege, d. h. daß das Minimum so oft vervielfacht wird, wie die Reichsindexziffer seit 1914 gestiegen ist. Die Löhne ändern sich automatisch von Monat zu Monat, sobald die neue Indexziffer bekanntgegeben ist. Die hier vorgeschlagene Entschuldigungsmitteilung gilt so lange, bis wieder stabilere Verhältnisse Platz gegriffen haben. Die Gehilfenvertreter werden verpflichtet, ihre ganze Kraft daranzusetzen, diese Entschuldigungsform zur Durchführung zu bringen. Sollten hierbei Abweichungen zu verzeichnen sein, ist das Ergebnis von der definitiven Zustimmung der Gehilfen zur Entschuldigungsmitteilung zu unterbreiten.“ In die Kommission, die mit den Prinzipalrat über die verlangte Wirtschaftsbetriebe zu verhandeln hat, wurden die Kollegen Stebler, Keller und Bierack gewählt.

R-z. Bonn. Die diesjährige vierte Bezirksversammlung tagte am 6. November seit neun Jahren wieder einmal in Gummersbach. Am nächsten Ende des Bezirks hatte sich trotz schlechten, stürmischen Wetters und schwerer Zugverbindung eine beträchtliche Anzahl Kollegen aus allen Orten zusammengelunden. Bezirksvorsitzer Badus begrüßte erfreut die Erschienenen. Nachdem auch Kollege Wiel namens des Ortsvereins Gummersbach die Versammelten mit herzlichen Worten begrüßt hatte, trat man in die reichhaltige Tagesordnung ein. Vordere gedachte der Bezirksvorsitzer eines dahingelebten jungen Bonner Kollegen, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Unter „Geschäftlichem“ wurde u. a. mitgeteilt, daß im Königswinter der neue Ortsverein Siegengebirge sich gebildet habe, und der Vorsitzende schilderte in drastischer Weise, wie den dortigen „Arbeiter“ diese Gründung auf die Nerven gefallen sei. Sodann gab er bekannt, daß durch Kreisamtsbescheid die am 15. November fällige Rate von 25 Mk. Lohnverböhung zum 29. Oktober festgelegt und bereits zur Auszahlung gekommen sei. Zur Feier des 25jährigen Bestehens des ebenfalls zum Bezirk gebührenden Ortsvereins Neuwied war der Bezirksvorsitzer als Mitbegründer eingeladen und brachte den Wunsch der dortigen Kollegen mit, eine gemeinschaftliche Versammlung der beiden Bezirke (Bonn-Siegen) im Laufe des nächsten Sommers zu ermöglichen, was von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen wurde. Diesbezügliche Schritte wurden dem Vorstand überlassen. Der Ortsverein Gummersbach rigte die hiesigmittlerliche Behandlung, die ihm von Seiten des Kreises zuteil werde, welche sicherlich auf Ankenntnis der hier bestehenden besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Dem Kassierer wurde für seinen Bericht Entlastung erteilt. Eine lebhafte Aussprache zeitigte der

nächste Punkt: „Die tarifliche Situation“. Nach einem kurzen Rückblick auf die letzten zentralen Abmachungen und längeren Ausführungen des Bezirksvorstehers über die Tarifgemeinschaft verlangten alle Redner für die Zukunft eine bemessene Lohnpolitik. Ein Zirkular des Ortsvereins Bielefeld betreffend Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung fand grundsätzlich Unterstützung, von einem Antrag auf sofortige Einberufung der Generalversammlung aber ver sprach man sich wenig Nutzen. Grundtätlich stand die Verammlung auf dem Standpunkt, an der zentralen tariflichen Regelung festzuhalten. Als Weihnachtsgabe für konditionslose, kranke und invalide Kollegen wurden bis 1500 Mh. bereitgestellt. Zur Gründung des Ortsvereins Selenberg sind 100 Mh. als Grundstock bewilligt. Die nächste ordentliche Bezirksversammlung soll nach Sommererwerb einberufen werden. Zum Schlusse wurden einem konditionslosen Kollegen 30 Mh. als Trauerunterstützung ausbezahlt.

Brandenburg (Havel). Unsere Bezirksversammlung am 6. November wies einen sehr schlechten Besuch auf. Drei Orte (Pflaue, Rebnin und Treuenbrietzen) waren überhaupt nicht vertreten, während die Kollegen einer Rathenower Druckerlei geschlossen der Versammlung fernblieben. Unter „Gesellschaftlich“ wurde beschlossen, unter Hinweis auf den „Korr.“ Arbeitslosen und Kranken unter die Arme zu greifen, aus der Bezirkskasse diese Kollegen von Fall zu Fall auf Antrag zu unterstützen, soweit es die Kassenverhältnisse gestatten. Nach den Berichten der Vertrauensleute der einzelnen Orte referierte Gauvorsteher Reinkens über: „Unsere wirtschaftliche Lage und die letzte Tarifabschließung“. Ausgehend von der wirtschaftlichen Lage seit der Revolution, gab er der Versammlung einen eingehenden Bericht von dem letzten Lohnkampf und riefte zum Schluß den Appell an die Kollegen, einig zu sein und Kollegialität zu pflegen. Das bestfällige ausgenommene Referat löste eine rege Diskussion aus, die dahin ausklang, daß man es auf einen Kampf ankommen lassen soll, wenn anders nichts erreicht werden kann. Auch wurde der große Unterschied in den Löhnen zwischen Provinz und Großstadt bemängelt, der mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen ist. Nach Erledigung der Vorkandwahl wurde von Rathenow angefragt, um die Kollegialität zu pflegen, im nächsten Jahr ein Bezirksjohannisfest in Brandenburg abzuhalten. — Der Versammlung ging noch eine Johannisfest-Druckausstellung voraus, die aber leider tief unter dem Niveau der Vorkriegszeit stand.

Braunschweig. Die Versammlung am 18. November nahm Stellung zur bevorstehenden Tarifabschließung. Der Berliner Resolution wurde einstimmig zugestimmt und außerdem eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe, sofort zahlbar, für ganz Deutschland gefordert.

Danzig (Freistadt). Die letzte Versammlung beschäftigte sich nach Anhörung des Referats über die Gauvorsteherkonferenz, das Kollege Silberner erstattete, mit der hier bestehenden Teuerung. Nach einer regen Debatte wurde der Gauvorstand beauftragt, die Prinzipale eine Erhöhung der Danziger Sonderzulage zu beantragen. Darüber soll in den nächsten Tagen, in einer Sitzung des Tarifamts, das über den Danziger Sondervertrag verhandelt und zu welcher die beiderseitigen Vertreter geladen sind, mit verhandelt werden. Um das Überbandnehmen von Überstunden zu verhindern, wurde von der Versammlung der Beschluß gefaßt, daß Überstunden ohne Genehmigung des Vorstandes verboten sind. Für Überstretung dieses Beschlusses sind Strafen vorgesehen. Den Kranken wurde, da selbige sich in einer bedrängten Lage befinden, der doppelte Satz der vom Verband gezahlten Unterstützung bewilligt. Daselbe gilt auch für arbeitslose Kollegen, außerdem erhalten letztere bei Weiterverficherung den Krankenkassenbeitrag in Höhe von 9 Mh. vom Verein erlegt. In der Freistadt Danzig ist, was in früheren Jahren nicht der Fall war, eine große Arbeitslosigkeit vorhanden. Trotzdem erhalten die Druckereien Angebote aus Deutschland und Polen. Da sehr oft Fälle vorkommen, daß Kollegen ohne vorherige Anfrage an den Gauvorstand hier in Arbeit treten, wird selbiger beauftragt, die schärfsten Maßnahmen gegen diese Kollegen zu ergreifen.

W. Düsseldorf. (Maschinenleher.) In der erfreulicherweise starkbesuchten Versammlung am 30. Oktober erstattete Vorsitzender Friedrichs Bericht über unsere Bewegung im Gau und Kollege Schindeldecker berichtete über die letzte Kreisamtsitzung. In Düsseldorf zahlten fast alle Firmen einen weiteren Maschinenleheraufschlag von 27 Mh., einige 10—23 Mh. Mit Bedauern wurde konstatiert, daß in vielen Orten Rheinlands-Westfalens die berechtigige Forderung nicht bewilligt wurde und es zu Arbeitslosenüberlegungen kam. Es ist dies die Folge davon, daß über die Maschinenleherforderung in Berlin einfach nicht verhandelt wurde. Große Entrüstung kam zum Ausdruck, als berichtet wurde, daß in einigen Orten die Handwerkerkollegen keine Solidarität übten und die Zeitung mit der Hand leihen, und daß ferner der Bezirksvorstehende von Elberfeld eine Resolution zu Fall brachte, welche Streikarbeit ablehnte. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Tarifabschluß den Aufschlag allgemein erhöhe. Sodann wurde eine Lohnstatistik aufgenommen und abermals die interessante Feststellung gemacht, daß häufig die Kleinbetriebe höhere Löhne zahlen als die großen. Die Sonntagsarbeit, welche nach der vorgenommenen Urabstimmung am 1. November in Rheinlands-Westfalen abgeschafft werden soll, zeitigte eine lebhaftige Aussprache. Der Vorsitzende kritisierte, daß mit Stillen-Vertrath jede Verbindung abgeschaffen sei, Stimmgeliet nicht zurückgefordert werden und auf wiederholte Anfrage noch nicht einmal eine Antwort erfolge. Die

Kassenverhältnisse sind auf. Drei Kollegen wurden aufgenommen. — Zu der Berichtigung des Kollegen Schliebs über den Düsseldorf-Bericht betreffend die Besetzung der Stunde am Montag früh von 6 bis 7 Uhr ist zu bemerken, daß in Düsseldorf selbstverständlich die Sache so verstanden wurde, wie Kollege Schliebs es beabsichtigt. Irrtümlicherweise war dies im Bericht nicht deutlich genug zum Ausdruck gebracht.

Hamburg-Altona. (Versammlung am 3. November im „Gewerkschaftshaus“.) Nachdem Vorsitzender Runghier einiger verlorener Kollegen in der üblichen Weise gedacht hatte, machte er zunächst Mitteilungen über den Stand des Arbeitsmarkts und über Austritte und Ausschüsse. Der Bericht des zweiten Schriftführers wurde ausbelehrt. Den Bericht von den Sitzungen des Ortsausschusses erstattete Kollege Bolliger. Den Bericht über die Gauvorsteherkonferenz gab Kollege Runghier. Er ging kurz auf die augenblickliche Lage im Gewerbe und die verschiedenen Vorgänge im Reich ein und stellte die Stellungnahme der Konferenz zu den künftigen Lohnverhandlungen. In der Aussprache kritisierte Kollege S. Schmidt den Aufruf der Gauvorsteher im „Korr.“. Er hält die irdischen Bewegungen nicht für verbandsschädlich. Was die Tarifkämpfe nicht erreichen konnten, die Gleichstellung mit Berlin, hat die Hamburger Kollegenchaft sich errungen. Die in Berlin und Rheinlands-Westfalen schon jetzt zur Auszahlung kommende Novemberrate müßte allen Kollegen gewährt werden. Kollege Marquardt meinte, der Hauptzweck der Konferenz sei gewesen, einen Damm gegen die irdischen Bewegungen zu schaffen. Die irdischen Bewegungen hätten nicht hindernd auf die Gesamtkollegen gewirkt, sondern anspornend. Liebe der Verbandsvorstand nicht die richtigen Lehren aus diesen Kämpfen, dann würden sie auch in der Zukunft nicht unterbleiben. Der Vorwurf der politischen Treibereien sei deplatziert, auf Hamburg treffe er bestimmt nicht zu. Kollege Metzger hielt es für äußerst schwer, eine bestimmte materielle Forderung aufzustellen, es müßte aber bestimmt angelehrt der Geldentwertung eine hohe sein. Eine Note in der „Solidarität“ rede von „dunklen Elementen“, die den Streik in Hamburg inszeniert hätten; dagegen müßte energisch protestiert werden. Kollege N. Cohn forderte, daß die Novemberrate sofort allen Kollegen zufließen wird. Kollege Rump führte aus, die Gauvorsteher lüchten einen Teil der Schuld an den Zuständen auf die Kollegen abzuwälzen, die irdische Streiks inszeniert hätten. Darum müßte gegen den Aufruf energisch protestiert werden. Kollege Runghier ging in seinem Schlusswort kurz auf die Aussprache ein. Er halte auch für den nächsten Abschluß die Urabstimmung für notwendig und werde für sie einstreten. Außer in Hamburg wären nur in kleinen oder mittleren Orten Streiks ausgebrochen. Er schloß die Versammlung mit der Hoffnung, daß die Tarifverhandlungen zu untrüben Zufriedenheit ausfallen mögen.

Kassel. Die am 7. November abgehaltene Versammlung war von 67 Kollegen besucht. Aus der gegebenen Bewährungsstatistik ist zu ersehen, daß hinsichtlich der unsicheren Verhältnisse ein stärkerer Abgang der Kollegen zu verzeichnen war. Aufgenommen wurden zwei Neugelernte. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht zeigte im allgemeinen einen günstigen Stand der Kassenverhältnisse und dem Kassierer wurde der Dank der Versammlung in der üblichen Weise erstattet. Im Tarifberichtsbericht kam nochmals die Beschaffung eines Gewerkschaftslokals zur Sprache; man denkt erstankt an die Lösung dieser Frage. In Anbetracht der erhöhten Ausgaben wurde der Beitrag in der letzten Kreisamtsitzung auf 1,20 Mh. pro Kopf und Vierteljahr festgesetzt. Der vom Vorstand eingebrachte Antrag, den Ortsbeitrag um 25 Pf. pro Woche zu erhöhen, wurde angenommen. Unter „Verschiedenem“ beleuchtete der Vorsitzende die a. J. herrschenden Teuerungverhältnisse. Die Mehrzahl der Kollegen sprach sich dahin aus, daß die letzte Zulage die handliche Preissteigerung weit weitem nicht ausgleicht. Es müßten seitens des Tarifausschusses sofort Schritte unternommen werden zur Besserung der Lebenslage.

Kiel. Am 6. November fand hier eine Bezirksversammlung statt, die aus den Bezirksorten recht gut besucht war. Gauvorsteher Prüfer berichtete über die Gauvorsteherkonferenz. In der Aussprache kam allseitige Anzufriedenheit mit dem im September Erreichten zum Ausdruck, insbesondere wurde verurteilt die Teilung der Zulage in zwei Raten und der Abschluß auf die Zeit bis 31. Dezember. Auch die inzwischen bekanntgewordene Einberufung des Tarifausschusses auf den 24. November wurde als eine Verschleppung bezeichnet. Gefordert müßte eine entschledener Bekämpfung des unverschämten Wuchers werden, eventuell durch den DWSB. Es fehlte nicht an Stimmen, die irdisches Vorgehen unter gewissen Voraussetzungen als notwendig bezeichneten, doch ist als Willensausdruck der Bezirksversammlung das Festhalten an zentralen Verhandlungen zu bezeichnen. Die Meinung der Kollegen richtete sich auch gegen das Einzelvorgehen der Sparten. Nur durch den Tarifabschluß könne für alle eine Besserstellung durchgeleitet werden. Die Kassenverhältnisse des Bezirks sind unter Berücksichtigung des niedrigen Bezirksbeitrags günstig. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Rendsburg in Aussicht genommen. Unter „Verschiedenem“ wurde die genaue Ausfüllung der Lohnstatistik des Tarifamts sowie einer im November zu erhebenden Statistik des Gaus zur Pflicht gemacht und um genaue Innehaltung der Termine gebeten. — An die Bezirksversammlung schloß sich noch eine Versammlung der Mitgliedschaft Kiel.

S. Köln. In der Bezirksversammlung am 4. November wies der Vorsitzende der Lithographen und Stein-

drucker, Dietrich, auf die Substitutionsausstellung und sonstigen Veranlassungen zu Ehren Geselebers hin, deren Besuch auch vom Vorsitzenden empfohlen wurde. Das rigorose Vorgehen einzelner Prinzipale gegen Betriebsratsvorsitzende wurde gebührend gezeichnet und die Kollegen dringend ermahnt, pflichtgetreu auf ihren Posten zu verbleiben. Dem Kassierer Reinholz wurde einstimmig Entlastung erteilt. Gauvorsteher Fischer berichtete über die Gauvorsteherkonferenz und die Kreisamtsitzung. Redner verurteilte die wilden Streiks in letzter Zeit; wenn Verträge abgeschlossen, müßten dieselben auch respektiert werden. Sogar einzelne Sparten seien dazu übergegangen, Solotage aufzuführen. So könne es nicht mehr weitergehen. Im übrigen wurde auf den Bericht im „Korr.“ verwiesen. Interessanter war der Bericht über die Kreisamtsitzung. Hier habe die Forderung der Maschinenleher auf Verdopplung ihres Zulags die Hauptrolle gespielt, jedoch hätten die Prinzipale, trotzdem sie das Verlangen anerkannt, auf die demnächst stattfindende Tarifabschließung verwiesen, wo die Frage endgültig geregelt werden solle. Das Verlangen der Prinzipale, die Handwerker gegen die Maschinenleher auszugleichen, sei in entscheidender Weise abgelehnt worden. Die Beileger haben dann die Erklärung abgegeben, daß sie bei wieder vorkommenden Fällen (wilde Vorgehen) ihre Amler eventuell zur Verfügung stellen würden. In der Diskussion wurden nochmals die Beschlüsse der Prinzipale bekannt gegeben, wonach sich die Gehilfenvertretung damit einverstanden erklärt hätte, daß den Maschinenleher die Zulage angedreht werden kann (in mehreren Bezirken des Kreises II haben die Maschinenleher durch ihr Vorgehen 27 Mh. erreicht). Einzelne Kollegen forderten Disziplin im Interesse der Allgemeinheit, wieder andere wandten sich in ungerechtfertigter Weise gegen die Gehilfenvertreter. Im allgemeinen war die Verammlung der Ansicht, daß die Forderung der Maschinenleher berechtigt gewesen sei, jedoch wurde das Vorgehen verurteilt, da auch andere Sparten dem Beispiel folgen würden. In seinem Schlusswort rief Kollege Fischer wegen verschiedener Behauptungen ab, daß die Vertreter zu einem derartigen Abzug ihre Zustimmung geben, entspreche nicht der Wahrheit und könne nur eine Verdrehung sein, um die ganze Sache den Prinzipalen schmählicher zu machen. Um Ruhe im Gewerbe zu erhalten, müßte die berechtigige Forderung der Gehilfenchaft bald erfüllt werden. Der vorgeschrittenen Zeit wegen konnten einige wichtige Angelegenheiten nicht mehr erledigt werden.

Leipzig. Der Besuch der Gaumitgliederversammlung am 7. November hatte sehr unter der Luingsit der Witterung zu leiden. Zu Punkt 1 der Tagesordnung machte Kollege Stürz einige Mitteilungen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Berichterstattung über die letzte Gauvorsteherkonferenz durch Kollegen Hessebarth. In kurzen Ausführungen brachte Redner alles das zu Gehör, was von dieser Konferenz noch zu sagen war. Die Aussprache hierüber war sehr kurz. Ein Antrag, die Versammlung zu verlagern, wurde abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag, vor dem Zusammentritt des Tarifausschusses nach einer Versammlung in Hannover zu lassen, um zu dieser Tagung Stellung zu nehmen. Als Revisor für das laufende Geschäftsjahr wurde ein Kollege neugewählt. Unter „Verschiedenem“ rief die Leiter des Revolutionstags eine längere Aussprache hervor.

Stuttgart. (Mitgliederversammlung am 2. November 1921 im „Gewerkschaftshaus“.) Die Versammlung nahm einangs einige geschäftliche Mitteilungen entgegen. Dabei interessierte besonders als Beweis buchdruckerlicher Opferwilligkeit, welche schöne Summen in Sammlungen aufgebracht wurden für Arbeiterferienkolonien, für die Opfer von Oppau und für die Hungernden in Rußland. Sodann referierte Kollege Klein über gegenwärtige organisierte und tarifliche Fragen unter Berücksichtigung der letzten Gauvorsteherkonferenz. Er schilderte die langsam bekannte neue sprunghafte Teuerung und ihre Wirkung auf den Arbeiterhaushalt, die Verhandlungen und ihr Ergebnis, ebenso die allorts vorhandene Mißstimmung über die späte Auszahlung der zweiten Rate der Teuerungszulage. Die Lokalkämpfe in verschiedenen Orten wurden eingehend geschildert und kritisch beleuchtet. Eindringlich und beweiskräftig warnte der Referent vor Zerplitterungsbestrebungen wie vor Raubel und Gleichgültigkeit in gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen. Auch die Oppositionsbestrebungen in Prinzipalskreisen fanden ihre Beleuchtung, ebenso wurden die Verhältnisse in den andern graphischen Verbänden wertvoll ergänzt. In der Debatte wurde manches aus dem Referat noch kräftig unterstrichen, besonders das Urteil über die kurzfristige Lohnpolitik der Prinzipale, die sich jeder neuen Forderung der Gehilfen erst dann geneigt zeigen, wenn sie dazu durch Schiedspruch gezwungen werden, auch wenn sie selbst die Berechtigung der Forderung anerkennen müssen. Auch die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit während der Wintermonate wurde allseitig betont. Im übrigen bot die lebhafteste Diskussion keine wesentlich neuen Gesichtspunkte.

○○○○○ Literarisches ○○○○○

„Geschichte der Erde.“ Von R. Bommell. 1. Band: Die Berg- und Talentstehen. 2. Band: Die Weltalter. 3. Band: Die geologischen Perioden und Formationen. Mit zwei farbigen Tafeln und vielen Abbildungen. 100 Seiten. Dtan, Preis kartoniert 8 Mh. 3. Band: Reisen und Reisen der Vorgeit. Mit zwei farbigen Tafeln und vielen Abbildungen. 100 Seiten. Dtan, Preis kartoniert 8 Mh. Die drei Bände werden nur zusammen abgegeben. Diese reich illustrierten, gemeinverständlich abgefaßten Bände der „kleinen Bibliothek“ werden jedem Wdhgelehrten in reichem Maße Vergnügen bringen. Dritte Auflage. Verlag S. W. Metz Nachf., G. m. b. H., Stuttgart.

(Stierzu eine Beilage.)

